



Brief aus Berlin

Antje Tillmann informiert

Brief aus Berlin 03/2012
Februar 2012

Endlich Einigung bei Abfallrecht

In der Sitzung des Vermittlungsausschusses am Mittwochabend ist es gelungen, eine Einigung bei der Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts zu erzielen.

Die Neuregelungen gewährleisten, dass die hochwertigen kommunalen Entsorgungsstrukturen erhalten bleiben und es kein Rosinenpicken durch gewerbliche Sammler gibt.

Das Gesetz ist ein fairer Interessenausgleich zwischen den öffentlichen und privaten Entsorgern. Zugunsten der Bürger und des Wettbewerbs und im Interesse der Umwelt wird dort, wo die Kommune nicht tätig werden will und sie auf eine optimale Wertstoffsammlung verzichtet, die Konkurrenz durch private Sammler ermöglicht. Damit ist die neue Regelung klar und EU-rechtskonform.

Bereits der im Bundestag verabschiedete Text hatte die Zustimmung aller kommunalen Spitzenverbände und des Verbandes Kommunaler Unternehmen (VKU) erhalten. Im Vermittlungsverfahren haben Bund und Länder noch einmal eine Präzisierung der Begrifflichkeiten vorgenommen, um beiden Seiten eine möglichst hohe Rechtssicherheit zu bieten. So muss die Leistung des privaten Sammlers nach dem Gesetz anhand festgelegter Kriterien nun „wesentlich leistungsfähiger“ sein als das Angebot des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers.

Ein Jahr nach Inkrafttreten der Regelung will die Bundesregierung überprüfen, ob die durch die EU gebotene Stärkung des Wettbewerbs sowie eine Verbesserung der Qualität und Quantität des Recyclings erreicht worden ist.

Zukunftsdialog der Bundeskanzlerin gestartet

In ihrer Neujahrsansprache hat die Bundeskanzlerin drei für die Zukunft unseres Landes wesentliche Fragen aufgeworfen: Wie wollen wir zusammenleben? Wie sichern wir unseren Wohlstand? Wie lernen wir als Gesellschaft?

Die Bundesregierung diskutiert diese Frage seit dem Frühjahr 2011 mit Wissenschaftlern und Praktikern,



aber will dies auch mit den Bürgern und der Zivilgesellschaft tun. Unter dem Titel „Menschlich und erfolgreich. Dialog über Deutschlands Zukunft“ soll dies im Rahmen der Bürger-Internet-Plattform „www.dialog-ueber-deutschland.de“ stattfinden.

Darüber hinaus wird die Bundeskanzlerin bei drei Bürgergesprächen im Februar und März mit den Menschen vor Ort diskutieren. Dazu wird sie am 29. Februar auch in Erfurt sein. Im Mittelpunkt sollen dabei konkrete Handlungsvorschläge und Anregungen für die Bundespolitik stehen, die die Bundesregierung weiterverfolgen und in der Gesetzgebung oder anderen Initiativen umsetzen kann. Die Ergebnisse des Zukunftsdialoges werden im Juli veröffentlicht.

Auch Sie können mitmachen: Melden Sie sich auf der Internet-Plattform www.dialog-ueber-deutschland.de an, stellen Sie dort eine Frage direkt an Angela Merkel oder bewerten Sie die bereits gestellten Fragen anderer Nutzer. Die Autoren der zehn Beiträge mit der größten Zustimmung werden von Angela Merkel zum Gespräch eingeladen.

Bundestagsentscheidung über Griechenlandhilfe

Am 27. Februar wird der Bundestag zu einer vorgezogenen Sitzung zusammenkommen, um über ein zweites Griechenland-Paket abzustimmen. Am Freitag davor wird sich der Haushaltsausschuss mit dem Thema befassen. Griechenland braucht bis zum 20. März 14,5 Mrd. €, um fällige Staatsanleihen zu bedienen. Andernfalls wäre das Land pleite.

Am Donnerstag hatten die Parteichefs in Athen den neuen Sparauflagen der Troika aus Internationalem Währungsfonds, Europäischer Zentralbank und EU-Kommission zugestimmt. Die Finanzminister der Eurozone fordern aber, dass das griechische Parlament das neue Sparpaket beschließt. Auch muss klar sein, wie Griechenland die privaten Gläubiger mit in die Verantwortung nimmt. Erst dann sollen die neuen Hilfen auf den Weg gebracht werden.

Vor einer Auszahlung ist die Zustimmung des Bundestages zwingend erforderlich.

Bundesfreiwilligendienst ist voller Erfolg

Am 1. Juli des vergangenen Jahres ist der Bundesfreiwilligendienst gestartet. Allen Unkenrufen zum Trotz sind mittlerweile so gut wie alle 35.000 vorgesehenen Plätze vergeben.

Nichtsdestotrotz soll sichergestellt werden, dass im Herbst beispielsweise für Schulabgänger genug Plätze zur Verfügung stehen. In den nächsten Tagen sollen die Träger daher informiert werden.

Zur Zeit ist nicht geplant, die Gelder für den Bundesfreiwilligendienst aufzustocken, um noch weitere Stellen schaffen zu können. Der Bund hat für das laufende Jahr rund 170 Mio. € eingeplant.

Aus haushaltspolitischer Sicht kann es weder mehr Plätze noch mehr Geld für den BFD geben. Eine Aufstockung von derzeit 35.000 auf 60.000 Stellen würde den Bund weitere 100 Mio. € im Jahr kosten.

Klarheit für Flensburger Punktesystem

Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer plant für 2013 den Umbau des Flensburger Punktesystems. Bekannt ist bereits, dass Verkehrsvergehen, die bislang zu einem bis drei Punkten geführt haben, fortan mit nur noch einem Punkt sanktioniert werden. Schwere Vergehen wie das Überfahren einer roten Ampel führen zu zwei Punkten. Bei vier gesammelten Punkten erfolgt eine „Ermahnung“, bei sechs Punkten eine letzte „Verwarnung“. Mit acht Punkten ist der Führerschein abzugeben.

Damit soll die Flensburger Verkehrssünderdatei umfassend vereinfacht und transparenter gemacht werden.



Am 12. Februar findet zum 10. Mal der „Red Hand Day“, der Tag gegen den Einsatz von Kindersoldaten, statt. Am Mittwoch setzte Antje Tillmann im Bundestag ein Zeichen bei der „Aktion Rote Hand“.

Bundestagsabgeordnete konnten an dem Stand der Kinderkommission des Bundestages ihre Handabdrücke abgeben und so gegen den Einsatz von Kindersoldaten protestieren. Die gesammelten Handabdrücke leiten die Mitglieder der Kinderkommission dann an die Vereinten Nationen weiter.

250.000 Kindersoldaten sind nach Angaben der Vereinten Nationen auf der Welt immer noch im Einsatz. Sie werden in den Kriegen der Erwachsenen in tödliche Kämpfe geschickt, müssen lebensgefährliche Botengänge übernehmen oder Sklavendienste leisten.

Weniger Insolvenzverfahren in Thüringen

Die Thüringer Amtsgerichte entschieden von Januar bis November 2011 über 3.526 Insolvenzverfahren. Davon entfielen 12,6 Prozent auf Unternehmen und 87,4 Prozent auf übrige Schuldner (natürliche Personen als Gesellschafter u. Ä., ehemals selbständig Tätige, private Verbraucher und Nachlässe). Damit ging nach Mitteilung des Thüringer Landesamtes für Statistik die Gesamtzahl der Insolvenzverfahren im Vergleich mit dem Vorjahreszeitraum um 385 Anträge bzw. 9,8 Prozent zurück.

Impressum

Antje Tillmann MdB

antje.tillmann@bundestag.de

Redaktion: Johannes Nehlsen, 10.02.2012
